

# **Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band IV**

## **Vom souveränen Deutschen Reich zur fremdbestimmten Kolonie der USA**

### **Die US-Kolonie Bundesrepublik Deutschland**

**Band IV/022**

#### **Die alliierte Besatzungspolitik in Mittel- und Westdeutschland von 1945-1949: 4 Jahre Unfreiheit und Sklavendasein, Teil 5**

#### **Fragen und Antworten zur alliierten Besatzungspolitik in Mittel- und Westdeutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (1945 bis 1949):**

##### **1. Wieso mußten Millionen von deutschen Kriegsgefangenen nach der Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht Zwangsarbeit im Ausland leisten?**

Die deutsche Wehrmacht, die kampfstärkste Militärmacht Europas, die von den verbündeten europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt.

Am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).

Nach der Kapitulationsanerkennung erklärte Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<

Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schwiegen, salutierte die deutsche Delegation und kehrte sofort nach Flensburg zurück.

Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde hieß es (x063/602): >>... (daß die) hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<

Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.

Mit dieser Kapitulation verhinderte die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).

Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht (x111/12): >>Deutschland ist ein unterworfenes, erobertes und besetztes Land, das keine unabhängige Existenz hat. ...<<

Charles de Gaulle erklärte am 8. Mai 1945 während eines Dankgottesdienstes in der Kathedrale von Notre-Dame in Paris (x111/12): >>... Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deut-

sche Reich völlig zerstört.<<

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst

Die deutsche Gesamtkapitulation trat unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft.

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.

Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).

Während US-General John Lee am 2. Juni 1945 erklärte, daß sich in den Lagern der US-Army **3.878.537** deutsche Kriegsgefangene aufhalten, meldete das Oberkommando aller Alliierten-Armeen in Europa eigenartigerweise am selben Tag nur **2.927.614** inhaftierte deutsche Kriegsgefangene (x131/67).

Am 1. Oktober 1945 ordnete General Eisenhower weitere Kriegsgefangenentransporte an. Bis Ende Oktober 1945 transportierte man 1.750.000 deutsche Gefangene nach Frankreich und 30.000 deutsche Gefangene als Arbeitskräfte nach Belgien (x111/85).

Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichten die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<<

Am 26. März 1947 gab die US-Militärregierung offiziell bekannt, daß die Sowjetunion die Fragen nach den rund 2 Millionen fehlenden deutschen Kriegsgefangenen noch nicht beantwortet hätte (x111/297).

Die Senatoren Knowland und Morse kritisierten im Jahre 1947 im US-Senat die Verhältnisse in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/180): >>Senator Knowland erklärte: ... Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, könnte sich in späteren Jahren eine für uns höchst peinliche Situation ergeben, in der nachgewiesen wird, daß einige von amerikanischen Streitkräften eingebrachte Gefangene nicht sehr viel besser behandelt worden sind als einige andere Gefangene, die im Deutschland der Nazis in Konzentrationslager geworfen worden sind. ...

Senator Morse verlas danach einen Artikel der US-Kolumnistin Dorothy Thompson: ... Dieses Land hat mit unserer Zustimmung, mit unserer Komplizenschaft und in Verletzung der Genfer Konvention Gefangene als Sklavenarbeiter eingesetzt unter derselben Definition, die in Nürnberg gegen ... Sauckel angewandt worden ist, der dann hingerichtet wurde. ...

Wenige mögen sich jetzt daran erinnern, daß Präsident Roosevelt sich im September 1944 dem deutschen Volk gegenüber ausdrücklich verpflichtet hat, als er sagte: "Die Alliierten treiben keine Sklaverei mit Menschen".

Begreifen es denn nur einige wenige Menschen, daß wir nach unserem Sieg über Deutschland, wenn wir Hitlers Maßstäbe und Hitlers Methoden übernehmen, Hitler zum wahren Sieger machen? ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 1. März 1947 über das Schicksal der

deutschen Kriegsgefangenen in Westeuropa: >>Stacheldrahtbörse ...

Frankreich hat Amerika wissen lassen, daß es die 530.000 Kriegsgefangenen, die es von Amerika "geliehen" hat und deren Entlassung die Vereinigten Staaten im Dezember 1946 forderten, nicht bis zum Oktober 1947 entlassen kann. 370.000 Deutsche sollen zum 31. Dezember die Möglichkeit erhalten, aus Kriegsgefangenen zu "freien Arbeitern Frankreichs" zu werden. Der Rest soll in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden. Bis dahin hofft man, die für die französische Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte in Italien und in den Lagern für verschleppte Personen angeworben und ausgebildet zu haben.

"Man kann die Gefangenen nicht als solche auf die Dauer festhalten, kann aber ihre Arbeitsleistung verwenden, wenn man sie als freie Arbeiter unter prinzipieller Gleichstellung mit den Arbeitern des betreffenden Landes leben läßt", stellt das Internationale Komitee zum Studium der europäischen Fragen in London in einer Denkschrift fest.

Nach einem ausgeklügelten System soll bei der Entlohnung der dann "freien Arbeiter" verfahren werden. Die Deutschen sollen 75 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt bekommen, 12 1/2 Prozent sollen der deutschen Regierung zum Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln in Frankreich zur Verfügung gestellt werden, und die übrigen 12 1/2 Prozent sollen auf Reparationen verrechnet werden. Nach Meinung des Komitees soll dadurch der Wiederaufbau aller Länder einschließlich Deutschlands beachtlich gefördert werden.

Die von Frankreich selbst eingebrachten Kriegsgefangenen müssen mindestens bis Ende 1948 als Kriegsgefangene in den Bergwerken arbeiten. Sie fördern 20 Prozent der gesamten Kohle und können erst dann als "freie Arbeiter Deutschlands" den "Wiederaufbau beachtlich fördern".

... Der 1. Juli der ist der Termin, bis zu dem die letzten der 38.250 Kriegsgefangenen Amerikas in Europa entlassen werden sollen. 20.000 von ihnen brechen im Augenblick noch die Zelte der Amerikaner in Italien, danach aber ganz bestimmt ihre eigenen ab, versichert das amerikanische Hauptquartier.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x026/66): >>Von über 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs sind fast 1,6 Millionen umgekommen. Die absolut höchste Opferzahl verzeichnete die Sowjetunion mit 1,335 Millionen, die relativ höchste Jugoslawien mit einer Sterberate von rund 50 Prozent. Im Tito-Staat waren auch die meisten Massenerschießungen von Gefangenen und die schlimmsten Grausamkeiten zu verzeichnen. Unter den westlichen Gewahrsamsmächten haben die Gefangenen in Frankreich die schlechteste Behandlung erfahren. ...<<

Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die nicht selten katastrophalen Lebensbedingungen in den osteuropäischen, nordamerikanischen und französischen Kriegsgefangenenlagern und die Zwangsarbeit (Sühneleistung bzw. Wiedereinführung der "Sklaverei") von Millionen deutschen Kriegsgefangenen, von denen die letzten Überlebenden erst zehn Jahre nach Kriegsende zurückkehrten, zweifelsfrei völkerrechtswidrig.

Die Zwangsdeportationen von deutschen Kriegsgefangenen und Zivilisten verstießen eindeutig gegen die verbindlichen Völkerrechtsnormen der Haager Landkriegsordnung, denn Deportationen (Zwangsverschickungen von Menschen in Gebiete außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes durch den eigenen Staat oder eine Besatzungsmacht) waren schon damals nur als "ordnungsmäßige Kriminalstrafe" und unter menschenwürdigen Umständen zulässig (x051/111, x077/39).

Da diese Kriegsverbrechen nicht kraft Verjährung enden, sind diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen und die Verantwortlichen für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Rechenschaft zu ziehen.

## **2. Weshalb übten die alliierten Besatzungsmächte völkerrechtlich keine volle Souveränität in den 4 deutschen Besatzungszonen aus?**

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm (Übernahme der "absoluten Autorität").

In der Berliner Deklaration der Siegermächte vom 5. Juni 1945 hieß es (x101/185): >>Erklärung ...

Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.

Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen. ...

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. **Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.** ...<<

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden.

Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605). Die oberste Gewalt, die nach der Kapitulation im Mai 1945 von den Besatzungsmächten übernommen wurde, richtete sich nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1899 bzw. von 1907. Diese Rechtsordnung bildete damals neben den Genfer Konventionen von 1864 und 1929 die Grundlage des humanitären Völkerrechtes.

## **3. Warum waren zahlreiche Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" völkerrechtswidrig?**

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) über gemeinsame Maßnahmen zur Behand-

lung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

Während der Potsdamer Dreimächtekonferenz einigten sich die Teilnehmer über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Nachkriegspolitik der Alliierten im besiegten Deutschen Reich ("... Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. ...").

Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.

Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.

Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlich bindenden Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt.

Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Die Artikel VI über Königsberg und Ostpreußen, Artikel IX über die provisorische Westgrenze Polens und Artikel XIII über die "ordnungsgemäße Überführung" der im Osten verbliebenen Deutschen lösten letzten Endes die größte Vertreibung der Weltgeschichte aus.

Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen. Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.

Bei den in Potsdam beschlossenen völkerrechtswidrigen Massenvertreibungen der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße handelte es sich eindeutig um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Da Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind die alliierten Siegermächte für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Verantwortung zu ziehen.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren. Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte. Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden.

Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149):  
>>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - Sie verstießen gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Der britische Politiker Robert Boothby berichtete später über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x338/286): >>... Jalta ebnete den Weg nach Potsdam, wo ... zwischen Rußland, Polen und Deutschland Grenzen gezogen wurden, die mit Ausnahme der Curzon-Linie nicht den Schatten einer geographischen oder ethnographischen Berechtigung hatten und die wirtschaftlichen Gegebenheiten völlig unberücksichtigt ließen.

Dies führte unmittelbar zu den Zwangsdeportationen. Millionen von ... Deutschen wurden wie das Vieh, nicht einmal im Viehwagen, weggetrieben. Von Deutschland wurde ein Viertel seiner bestellten Fläche abgetrennt. Durch das Hereinströmen der Flüchtlingsmassen von allen Seiten in den verstümmelten Rumpf wurden weitere Millionen praktisch dem Hungertode preisgegeben. ...<<

Der deutsche Publizist und Herausgeber Rudolf Augstein berichtete am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" über das Potsdamer Abkommen: >>"Auf die schiefe Ebene zur Republik"

... Zwar stimmt es, daß Europa, und mit ihm das Deutsche Reich, von einer unsäglichen Schreckensherrschaft befreit worden war. Aber nur ein Teil von Europa, ein Teil auch des Deutschen Reiches.

Ein nicht kleiner Teil wurde überhaupt nicht befreit, sondern nur einer neuen Schreckensherrschaft unterworfen.

Hitler und Stalin im Bösen zu vergleichen macht wenig Sinn, es sei denn, daß Hitler wahnhafter war. Polen, Esten, Letten und Litauer, soweit Stalin sie nicht schon umgebracht hatte, wurden nicht befreit. Auch nicht die Tschechen, Polen, Slowaken, Rumänen, Ungarn und Bulgaren. Ob man jene zehn bis fünfzehn Millionen Deutschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, als "Befreite" bezeichnen kann, mag dahinstehen. Zwei Millionen starben während dieser Umsiedlung, die gemäß dem Potsdamer Abkommen auf "eine geregelte und menschliche Weise" abgewickelt werden sollte. ...

Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechengericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon von Hiroshima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war.

Alle drei hatten "Bevölkerungsumsiedlungen" verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben mußte, hätten sie alle drei hängen müssen. Denn sie haben sowohl angeordnet wie gewußt, was man von dem Tölpel Sauckel nicht unbedingt sagen kann. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen. ...<<

#### **4. Wieso wurde das Deutsche Reich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Besatzungszonen aufgeteilt?**

Die Kapitulation im Mai 1945 beendete eigentlich den zweiten Dreißigjährigen Krieg (1914-

1945) in Deutschland, den man lediglich von 1918 bis 1939 durch einen Waffenstillstand unterbrochen hatte. Die maßgeblichen Siegermächte beschlossen damals, daß das Deutsche Reich zunächst keinen Friedensvertrag erhalten sollte. Anstatt problematische Friedensverhandlungen zu führen, wurde das Deutsche Reich nach dem Ende Zweiten Weltkrieges vollständig besetzt und kontrolliert. Danach führten die Siegermächte verdeckte völkerrechtswidrige Gewaltmaßnahmen (Masseninternierungen, Deportationen, "Hungerpolitik" etc.) durch und schlossen zahlreiche geheime Verträge, um die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht endgültig auszuschalten und die Deutschen zu entmündigen.

Mit der Errichtung der vereinbarten Besatzungszonen wurde das Deutsche Reich regelrecht zerstückelt. Wie nach dem ersten Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) herrschte ein trostloser Zustand der totalen Hoffnungslosigkeit, Machtlosigkeit und Verzweiflung. Die Besatzer nutzten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihre absolute Machtposition konsequent aus, um die 1919 in Versailles begonnene vollständige Ausschaltung bzw. Ausbeutung des Deutschen Reiches systematisch fortzusetzen und zu vollenden.

Für die alliierten Siegermächte war das besiegte und verwüstete Deutsche Reich damals lediglich eine eroberte, abhängige Kolonie, die man mit den erfolgreichen Methoden der Kolonialherrschaft politisch unterdrücken und wirtschaftlich ausrauben konnte. Ost- und Mitteldeutschland wurden von den sowjetischen Besatzungstruppen fast völlig ausgeplündert und auch die westlichen Alliierten bedienten sich in Westdeutschland.

Nach Stalins Plänen sollten die Polen außer dem Grund und Boden der Deutschen keine weitere Kriegsbeute erhalten. Das Ausmaß der systematischen Plünderungen und Zerstörungen in Ostdeutschland war geradezu unvorstellbar. Infolge von äußerst schwierigen Verhandlungen gelang es den Polen, wenigstens die Anlagen und Maschinen des oberschlesischen Industriegebietes zu retten.

Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer erschüttert über sich ergehen lassen.

### **5. Weshalb waren die Reparationen der Siegermächte größtenteils völkerrechtswidrig?**

Churchill, Roosevelt und Stalin trafen sich vom 4. bis zum 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim zur "Jalta-Konferenz". In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR).

Bei dieser Konferenz vereinbarten "Die Großen Drei", daß die Sowjets deutsche Arbeitskräfte bzw. Zwangsarbeiter (als einen Teil der zugesagten Reparationen) in die Sowjetunion "schaffen" könnten (x010/19).

Im Vergleich zu den westdeutschen Besatzungszonen waren die ost- und mitteldeutschen Reparationsleistungen wesentlich höher. Sämtliche transportablen Güter und Ausstattungen wurden sofort als Kriegsbeute in die UdSSR transportiert. Zur vollständigen Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Deutschen einsammelten, demontierten und abtransportierten. Die Reparationskommandos beteiligten sich gewöhnlich nicht an den schweren Demontage- und Transportarbeiten. Sie erteilten nur Befehle und ließen die deutschen Zwangsarbeiter schuften.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetischen "Reparationen" in Mitteldeutschland von 1945 bis 1953 (x009/368): >>... Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetuni-

on von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtete damals, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen (Kriegsentschädigungen) aufgebracht hätte. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM) (x111/408).

Von diesen Entschädigungen entfielen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark (RM), Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden RM, sonstige Leistungen (Wert der deutschen Patente etc.) rd. 27 Milliarden RM und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfielen rd. 41 Milliarden RM.

Am 10. September 1952 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

Die deutsche Tageszeitung "Westfälische Nachrichten berichtete im Januar 1947 (x353/23):

>>... Mit der Herausgabe dieser seiner Patente und Erfindungen hat das deutsche Volk in Wirklichkeit bereits eine Reparationsleistung vollbracht, wie sie in solcher Höhe noch kein Volk der Welt jemals aufgebracht hat. Diese Tatsache wird im Ausland meist mehr oder weniger geflissentlich übersehen.<<

Was die Sowjets, Nordamerikaner, Briten und Franzosen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als sog. Reparationen aus Ost-, Mittel- und Westdeutschland herauspreßten und raubten, übertraf fast die menschliche Vorstellungskraft. Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten allein die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Vermögensverluste der Vertriebenen in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (x268/213-214): >>So unvorstellbar groß die Reparationen im Osten und Westen auch waren, sie sind doch nichts gegenüber dem gigantischen Raubzug, der mit Völkervertreibung und Völkermord in Ostdeutschland und Osteuropa einherging.

18 Millionen einheimische plus 2 Millionen während des Kriegs zugezogene Deutsche wurden gänzlich enteignet. Dieser Personenkreis entspricht der seinerzeitigen Bevölkerungszahl der Republiken Finnland, Irland und Island sowie der Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen zusammengenommen.

Was Generationen in 600 oder gar 800 Jahren fleißiger Arbeit den Urwäldern abgerungen und aufgebaut hatten, wurde mit einem Federstrich enteignet: Häuser und blühende Industrien, Schlösser und Kirchen, Felder und Wälder, Straßen und Bodenschätze, Valuten und Devisen, gewerbliche Urheberrechte (wie zum Beispiel das Rezept des Karlsbader Becherbitters) etc. Dieser Billionenraub ist in der Geschichte Europas ohne Beispiel. ...

Wie zum Hohn für die überlebenden Ostdeutschen werden – von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet – immer wieder wertvolle Kulturgüter an die Vertreiberstaaten übergeben ...

Ermuntert durch solche Spendierlaunen verlangt Polen unter dem Stichwort "Lokalisierung" weitere Kulturgüter, die den ostdeutschen Vertreibungsgebieten entstanden sind, zum Beispiel Urkunden des Deutschen Rittordens. ...<<

Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung hatte privates Eigentum während des Landkrieges unberührt zu bleiben. Das Verbot galt auch noch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war (x151/-24).

Das von den Ost- und Volksdeutschen zurückgelassene Eigentum befindet sich gemäß Völkerrecht weiterhin im Eigentum der zwangsweise Enteigneten, denn Staaten haften für das



Handeln ihrer Organe und haben den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen. Das enteignete Eigentum ist grundsätzlich zurückzugeben. Falls dies nicht möglich ist, muß ein Ausgleich geleistet werden (x151/41). Da diese Kriegsverbrechen nicht kraft Verjährung enden, sind die alliierten Siegermächte für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Verantwortung zu ziehen.

## **6. Warum erfüllt die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa den völkerrechtlichen Tatbestand des Völkermordes?**

Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).

Der AKR setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahme des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden grundsätzlich mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz legte man zwar ausdrücklich fest, daß die "Ausweisungen" ("die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind") in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen. Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.

Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden vielerorts von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.

Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete zunächst im Jahre 1951.

Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfassbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. Diese monatelange, vielfach sogar jahrelange Schreckenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, zerbrach auch den härtesten Willen der Menschen. Durch die jahrelange

Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert. Zum Schluß waren die Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa war die größte gewaltsame Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Während des Zweiten Weltkrieges lebten etwa 19 Millionen Deutsche in Ostdeutschland und in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mittleuropas.

Mit der Vertreibung aus Ost-Mittleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren.

Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. Die jüngsten deutschen Volksstämme mußten mit der Aufgabe ihres Lebensraumes zwangsläufig als ausgestorben angesehen werden und wurden damit als Volksstämme eliminiert.

Allein in Ostpreußen (4.527 deutsche Städte und Gemeinden), Ostpommern (2.269 deutsche Städte und Gemeinden), Ostbrandenburg (890 deutsche Städte und Gemeinden), Niederschlesien (2.864 deutsche Städte und Gemeinden), Oberschlesien (992 deutsche Städte und Gemeinden) und im Sudetenland (3.139 deutsche Städte und Gemeinden) wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden in den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland (Stand: 1939) ausgelöscht.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) erläuterte später einige Gründe, warum die Deutschen ihre Siedlungsgebiete in Ost-Mittleuropa verlassen mußten (x025/184, x160/8): >>1945 war dann das Jahr der Ernte, die Sternstunde des polnischen Nationalismus. Die Planeten standen so günstig wie seit Jahrhunderten nicht mehr:

Die Konjunktion der anglo-amerikanischen Bestrafungstheologie mit der sowjetischen Hegemonialstrategie am Ende der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" brachte den Spielern den erhofften "höchsten Gewinn", die größte Expansion des polnischen Siedlungsgebietes in der Geschichte; obendrein konnte sich der historische polnische Chauvinismus im Gewand der Kompensations- und Kollektivschuldtheorie in fashionablen westlichen Gesellschaftskreisen sehen lassen.

Und es bestätigte sich wieder einmal die Erfahrung, daß Propaganda weniger von der Kraft ihrer Argumente als von der Unwissenheit ihrer Adressaten lebt. ...<<

>>... Die offizielle Propaganda freilich hat die polnischen Annexionen und Vertreibungen als reine Reaktion auf Hitler dargestellt und wurde sogar von etlichen westlichen Historikern ungeprüft übernommen.

Zutreffend schreibt dagegen der unvergessene Prof. Andreas Hillgruber, einer der Großen der bundesdeutschen Geschichtsschreibung: "Die Komplexität des Geschehens wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik ... interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalistische Herausforderung; es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch kamen."

Im Zuge einer verstärkten Rückbesinnung auf die Menschenrechte hat man in den Vereinigten Staaten, in Australien und in Neuseeland neuerdings damit begonnen, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den fürchterlich dezimierten Indianern, Aborigines und Maoris moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – obwohl kein Weißer daran denkt, wieder in die alte Welt nach Europa zurückzukehren.

Warum sollte es nicht auch in Europa möglich sein, eine legendenfreie Geschichte im Geist der Menschenrechte und der historischen Wahrhaftigkeit zu schreiben? ...<<

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer berichtete später über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x353/80): >>... Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/122): >>... Zusammenfassend bleibt festhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa nicht nur die größte Vertreibung der Weltgeschichte war, sondern auch aufgrund der 2,8 bis drei Millionen Menschenleben, die sie gefordert hat, als Völkermord einzustufen ist.

Die Vertriebenen sind im Übrigen rassistisch Verfolgte; denn ihr einziges Verbrechen, war ihre ethnische Zugehörigkeit. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>Völkermord, physische, auch kulturelle, Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassistischer Gruppen.

Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. ...

In Artikel 6c der Satzung des Internationalen Militär-Tribunals vom 8.8.45 ... wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.

Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.

1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht gemäß § 220a des Strafgesetzbuches nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.

Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten - die größte Vertreibung der Weltgeschichte - müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<

Die völkerrechtswidrigen Massenvertreibungen der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße waren eindeutig Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Da Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind die alliierten Siegermächte und die Verstreiberstaaten für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Verantwortung zu ziehen.

## **7. Wieso wurden die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge durch die Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen?**

Um die angestrebten Hauptziele (**Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung**) ungestört realisieren zu können, führten die alliierten

Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern. Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschussgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung von mindestens 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.

Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen. Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.

US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sein wird, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr knapp halten wird.

In San Francisco unterzeichneten am 26. Juni 1945 fünfzig Nationen die Charta der Vereinten Nationen. Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/344).

Der US-Militärgouverneur unterzeichnete am 6. Juni 1946 den "CARE-Vertrag" (CARE = "Cooperative for American Remittances to Europe"), so daß endlich Hilfslieferungen der privaten CARE-Hilfsorganisation erfolgen konnten (x175/425). Diese Hilfsmaßnahmen konnten die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket brachte den verzweifelten Menschen wenigstens etwas Hoffnung und Zuversicht.

Die "Schweizer Illustrierte Zeitung" berichtete im Juni 1946 über den Hunger in Gelsenkirchen (x117/30): >>Die tägliche Ration beträgt für (den Industriearbeiter) B. zurzeit 950 Kalorien. Sein Mittagmahl ... besteht aus einer fettreichen Erbsensuppe.

Ein amerikanischer Experte, der einen Monat von dieser Ration lebte, nahm 25 Pfund ab. ...<<

Das "Handelsblatt" berichtete am 18. Juli 1946 über die dramatische Ernährungslage (x111/193): >>... Nur wenn es gelingt, die Millionen hungernder Städter vom Lande fernzuhalten, kann mit einer besseren Erfassung auf den Bauernhöfen gerechnet werden.

Dies setzt jedoch eine allgemeine Erhöhung der Rationen voraus, denn bei Rationen von etwa 1.000 Kalorien am Tage wird es niemals gelingen, das Hamstern von Lebensmitteln und den Schwarzen Markt zu unterbinden.<<

Josef Kardinal Frings (1887-1978, 1942-69 Erzbischof von Köln) ergänzte am 31. Dezember 1946 während seiner Predigt im Kölner Dom das siebente Gebot "Du sollst nicht stehlen ..." (x111/261): >>... Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.<<

Eine US-Erziehungskommission berichtete im Jahre 1946 über die chaotischen Lebensverhältnisse in Westdeutschland (x243/161): >>... Nirgends in der Welt ist es möglich gewesen, das Gebäude einer erfolgreichen demokratischen Selbstregierung auf der Grundlage des Hungers und der wirtschaftlichen Unordnung zu errichten. ...

Im Juli betrug das Durchschnittsgewicht der 10jährigen Knaben beinahe 10 % unter der Altersnorm. ... Das erschreckende Ansteigen der Tuberkulose beleuchtet die Ernährungskrise sehr eindringlich, während das Auftreten der Krätze die Aufmerksamkeit auf die Folgen des Mangels an Seife und warmem Wasser lenkt. ...<<

Obwohl im Winter 1946/47 alle noch vorhandenen Lebensmittel und Waren zugeteilt wurden,

brach im Januar 1947 die Versorgung vielerorts zusammen, so daß sich überall Schwarzmärkte, Tauschhandel und Schieberunwesen ausbreiteten. Da der Besitz von alliierten Waren für Deutsche verboten war, spielte sich der Handel auf dem sog. "Schwarzen Markt" ab.

Die große Mehrheit der Deutschen war durch den Krieg hoffnungslos verarmt und beteiligte sich notgedrungen an diesem illegalen Handel, weil ständig weniger legale Waren angeboten wurden. Tag für Tag wanderten Hunderttausende von hungrigen Stadtbewohnern aufs Land, um dort Schmuck und andere Vermögensgegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen. Ausgehungerte Menschenmassen, die in dichten Reihen an den Bahnsteigen standen, stürmten täglich die Personen- und Güterzüge, obgleich viele "Hamsterzüge" meistens längst überfüllt waren. Der "schwarze Handel" wurde damals sehr hart bestraft. Manche Schieber und Schnapsbrenner mußten für Jahre ins Zuchthaus.

Da Geld und Wertpapiere durch keine realen Werte gedeckt waren, wurden z.B. Zigaretten und Kaffee zur neuen Währung der Nachkriegszeit. Vor allem "Ami-Zigaretten" stellten damals eine "natürliche" Leitwährung dar. Für Zigaretten konnte man in jener Zeit auf dem Schwarzmarkt fast alle Wirtschaftsgüter erwerben. Vor den Kasernen der Besatzungstruppen sah man überall Kippensammler, denn mit dem Tabak von 7 Kippen konnte man sich eine Zigarette drehen.

Im Januar 1947 wurden nur in Hamburg 9.200 Diebstahldelikte verübt. Davon waren 4.600 Kohlendiebstähle (x118/112).

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärte am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).

Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schrieb am 18. Januar 1947 an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<

In Berlin waren seit Ende 1946 bereits etwa 200 Personen erfroren und mehr als 40.000 Menschen hatten schwere Erfrierungen erlitten, so daß am 13. Februar 1947 weitere öffentliche Wärmehallen errichtet werden mußten (x111/283).

Es gab damals in Deutschland keinen Sozialstaat. Bis März 1947 erhielten Witwen und Waisen keine staatliche Unterstützung. Was man zum Überleben benötigte, wurde notfalls gewaltsam beschafft. Langsam fahrende Güterzüge wurden von Plünderern gestürmt und ausgeraubt. Die Menschen reagierten mit zunehmender Not härter und rücksichtsloser. In jener Zeit nahm man auf Alte und Kranke keine Rücksicht (keine Leistung ohne Gegenleistung).

Eine nordamerikanische Studiengruppe, die unter Leitung des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover (1874-1964) Anfang 1947 durch Westdeutschland und Europa gereist war, veröffentlichte am 18. März 1947 einen Bericht über die unzureichende Verpflegung in Westdeutschland.

Der Hoover-Bericht forderte in erster Linie wirtschaftliche Aufbauhilfen für Deutschland und Europa (x114/2.166): >>... Es mag für den amerikanischen Steuerzahler ein schwerer Schlag sein, daß wir, die wir den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben, nun für einige Jahre hohe Ausgaben für die Unterstützung dieses Volkes tragen müssen. Es ist in der Tat in der Geschichte der Menschheit etwas Neues, daß der Sieger dies übernimmt. ...

Dieses Volk ist – in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft – auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit hundert Jahren in der Geschichte des Westens bekannt ist. Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben. ...<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über den Hungertod der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in der Nachkriegszeit (x131/170,227-228): >>...

Auf Deutschland angewendet, war dieser Mythos noch viel tiefer. Es gab keinen tödlichen Lebensmittelmangel in der westlichen Welt, abgesehen von Deutschland. Der Mangel in Deutschland wurde zum Teil von den Alliierten selbst verursacht. durch die Beschlagnahmung von Lebensmitteln, durch einen Mangel an Arbeitskräften, der durch die Gefangenen verursacht wurde, und durch die Abschaffung der Exportindustrie. ...<<

>>... Als der frühere Präsident Herbert Hoover 1946 in Deutschland war, stellte er fest, daß es unter den US-Offizieren weiterhin viele Gerüchte um die Situation in Deutschland gebe. Laut einem Hoover vorgelegten Bericht des US-Geheimdienstes " kann man den Zahlen über die wirtschaftliche Leistung nur zu einem Fünftel glauben, ... der Rest ist gefälscht, um mit den Spitzenzahlen einen guten Eindruck zu erwecken. Das niedere Personal ist vom Morgenthau-Plan durchdrungen.

Diese Politik hieß Hungertod, sowohl in den Gefangenenlagern als auch generell in der Zivilbevölkerung. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat die vorsichtige Schätzung geäußert, daß von den 15 Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, die nach dem Krieg aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland, aus Polen, der Tschechoslowakei usw. vertrieben wurden, 2,1 Millionen Zivilisten gestorben seien. Viel mehr noch starben unter den deutschen Zivilisten, die nicht deportiert wurden.

Trotz der weltweiten Lebensmittelknappheit von 1946 ist es klar, daß die alliierte Politik länger als ein Jahr, von Mai 1945 an, die Deutschen wissentlich bei dem Versuch hinderte, sich Lebensmittel zu beschaffen und zu exportieren, um die Lebensmittelimporte zahlen zu können. Auch wurde anfangs keine Hilfe von Wohltätigkeitsverbänden zugelassen.

Die Regierungen Schwedens und der Schweiz versuchten 1945, Lebensmittel nach Deutschland zu schicken. Beiden Regierungen wurde das verboten. Während die Alliierten die ganze Zeit über fehlende Mittel klagten, lieferten sie selbst den Deutschen Weizen. Jedoch nicht annähernd genug, um den Wert der demontierten Fabriken auszugleichen. Nicht einmal genug, um viele vor dem Hungertod zu retten. Gerade genug, um eine kommunistische Revolution abzuwehren.

Es ist mit Sicherheit an der Zeit, mit all den Vermutungen und Lügen aufzuhören. ... In der gesamten westlichen Welt sind entsetzliche Greuelthaten gegenüber Armeniern, Ukrainern und Juden bekannt. Nur die Greuelthaten gegenüber den Deutschen werden abgestritten. Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen? ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche (der Zivilbevölkerung) das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 9.08.2008) über die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**

... Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Ver-

gleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer. ...<<

Bei dieser völkerrechtswidrigen "Hungerpolitik" in den deutschen Besatzungszonen handelte es sich eindeutig um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Da Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Verantwortung zu ziehen.

## **8. Weshalb ging es den alliierten Siegermächten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nie um die Befreiung der Deutschen?**

General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde.

Am 22. Mai 1945 trat in Westdeutschland die US-Direktive Nr. 1 in Kraft (x111/25): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan haben, auf der Unkenntnis fundamentaler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur.

Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<

US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenzte Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchstmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...

Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...

(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<

Den Alliierten ging es nie um die Befreiung der Deutschen, sondern den alliierten Siegermächten ging es vor allem um die Verfolgung und Bestrafung der NS-Verbrecher sowie Umerziehung aller Deutschen. Im Rahmen der planmäßigen Umerziehung sollten vor allem das Bildungswesen, Presse und Rundfunk umfassend reformiert ("demokratisiert" bzw. gleichgeschaltet) werden.

In der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte. Die nordamerikanischen Befehlshaber hätten nur eingzugreifen, wenn Hungersnöte, Seuchen oder Revolten die Besatzungstruppen direkt gefährdeten.

Die US-Soldatenzeitung "Stars und Stripes" warnte im Juni 1945 nordamerikanische Soldaten

vor "Nazi-Deutschland" (x114/2.94): >>... Die Amerikaner sind nicht nach Deutschland gekommen, um Kindermördern die Köpfe zu streicheln und SS-Verbrecher zu päppeln, die Amerikaner sind in dieses Land von Gangstern gekommen, um hier Ordnung zu schaffen und die Verbrecher der Justiz zu überantworten.<<

Im sogenannten Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand) hieß es z.B. (x101/188-190): >>"**Potsdamer Abkommen**"

*2. August 1945*

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin ...

III.

Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und **das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen**, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und **die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung** in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere **Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.**

**Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven.** Die Alliierten wollen dem deutschen Volke die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen. ...<<

Mit der Anweisung Nr. 2 vom 4. September 1945 unterdrückte der Alliierte Kontrollrat bis etwa 1948 sämtliche Veröffentlichungen und Publikationen über die Vertreibungsverbrechen gegenüber den Deutschen (x025/201): >>... (Es dürfen keine Artikel gedruckt werden), die eine Respektlosigkeit gegenüber den Besatzungsbehörden oder Mitgliedern der Vereinten Nationen darstellen.<<

Am 3. August 1945 ordnete die SMAD die "Demokratisierung" der mitteldeutschen Schulen an (x111/59): >>Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten brachten dem deutschen Volke Frieden und Befreiung von der Hitler-Knechtschaft. Deutschland beschreitet die Bahn des Wiederaufbaus und der Errichtung eines antifaschistischen demokratischen Systems. ... Die Schule muß dem Einfluß des Faschismus und Militarismus entzogen werden und die großen Söhne des deutschen Volkes: Goethe und Schiller, Lessing und Heine, Liebknecht und Thälmann wieder ins Leben rufen.<<

US-General Eisenhower erklärte am 6. August 1945 während einer Ansprache an das deutsche Volk (x111/60): >>Unser Programm, den Nationalsozialismus auszumerzen, ist jetzt weit genug fortgeschritten, und die Zeit ist gekommen, um weitere Pläne für die amerikanische Besatzungszone Deutschlands zu machen. Nationalsozialismus und Militarismus in jeder Erscheinungsform werden ausgerottet. Kriegsverbrecher werden vor Gericht gestellt und der gerechten Strafe zugeführt. Deutschland wird vollkommen entwaffnet. Mit einem Wort: jede Möglichkeit, Krieg vorzubereiten, wird in Deutschland beseitigt.

Jedoch unsere Ziele sind nicht nur negativ. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu demütigen. Wir werden Euch helfen, Euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder auf-



zubauen. ...<<

Feldmarschall Montgomery berichtete am 6. August 1945 in einem Aufruf an die Bevölkerung der britischen Besatzungszone (x111/60): >>Die Alliierten sind dabei, die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie die endgültige Austilgung der Nazi-Partei und ihrer angeschlossenen Verbände restlos zu verwirklichen. ...<<

Die 4 Siegermächte beschloss am 8. August 1945 in London ein Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher", das als Grundlage für die "Nürnberger Prozesse" diene.

Zur Ahndung von NS-Straftaten wurden im "Londoner Statut" vom 8. August 1945 die völkerrechtlichen Begriffe "Verbrechen gegen den Frieden", "Kriegsverbrechen" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" definiert.

NKWD-Einheiten übernahmen am 12. August 1945 das ehemalige NS-Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Im "Speziallager Nr. 2" wurden zunächst Häftlinge aus den NKWD-Gefängnissen Weimar, Erfurt, Jena und Arnstadt interniert (x126/172).

Walter Ulbricht berichtete später über die Internierung von Sozialdemokraten und anderen politischen Gegnern (x111/69): >>... Die Gegner der Einheitsbewegung wurden isoliert.<<

Am 16. August 1945 wurde das sowjetische Internierungslager Weesow aufgelöst. Das sowjetische Internierungslager Weesow durchliefen ca. 10.000 deutsche Häftlinge. Von Mai bis August 1945 starben dort etwa 1.000 Häftlinge (x126/168). Die letzten 2.000 Häftlinge mußten zu Fuß in das ehemalige KZ Sachsenhausen marschieren.

In Mitteldeutschland erließ die SMAD am 27. August 1945 einen Befehl über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Sämtliche Wehrmachtsoffiziere, ehemalige SS-, SA-, Gestapo- und NSDAP-Mitglieder mußten sich gemäß SMAD-Befehl Nr. 42 einer "Registrierung" unterziehen. Viele wurden im Verlauf dieser Massenregistrierung verhaftet und kurzerhand als "Kriegsgefangene" oder "Kriegsverbrecher" in die Sowjetunion verschleppt (x111/68).

Die 4 Hauptankläger der Siegermächte überreichten am 18. Oktober 1945 dem Alliierten Kontrollrat im Saal des ehemaligen Volksgerichtshofes in Berlin die Anklageschrift zur Aburteilung der deutschen Hauptbeschuldigten.

Den Angeklagten wurden "Verbrechen gegen den Frieden", Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zur Last legt (x116/88): >>Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ... Großbritannien, ... Amerika, die französische Republik erheben Anklage ...<<

In Frankfurt wurde am 11. November 1945 zum ersten Mal der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt.

Im Begleittext des Films hieß es (x116/113): >>Über 300 Lager: Todesfabriken, eins wie das andere, 20 Millionen Tote.

Tote in Nordhausen, verhungert und erschossen. Oft genug noch Lebende, oder besser, nur Halbtote achtlos unter die Leichen geworfen. Tote ... in Dachau: verbrannt, vergast, verhungert; in Auschwitz, vergast, erschossen und verhungert, und neben den gemordeten Müttern die Leichen neugeborener Kinder; in Ebensee verhungert; in Belsen verhungert und erschossen; in Mauthausen vergast, verhungert und erschossen; in Leipzig: verkohlt an den Hochspannungsdrähten ... –

Von den vielen Millionen überlebten nur wenige die Jahre der Pein.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" (x025/146-147): >>Als man 1945 daran ging, im Rahmen des amerikanischen Umerziehungsprogramms den KZ-Film "Todesmühlen" für das deutsche Publikum zusammenzustellen, vermerkte der Bericht des zuständigen Kriegsinformationsamtes vom 23.02.1945, der Initiator des Projekts, ein gewisser James Pollock, sei der Ansicht, "daß die Mehrzahl der Deutschen das Ausmaß der von Deutschen begangenen Greuelthaten vermut-

lich wirklich nicht kenne und daß die Vorführung dieser Filme ihnen zu einem guten Teil erklären könne, warum die Alliierten sichergehen müßten, daß die Deutschen nicht noch einmal die Chance bekämen, einen Krieg anzuzetteln".

Der Schock und die spontane Entrüstung der meisten Zuschauer sprachen für Mr. Pollocks Ansicht und veranlaßten die US-Behörden zu dem Eingeständnis, daß der weitere Zweck des Filmes, nämlich "ein Gefühl der individuellen und kollektiven Schuld zu wecken, total verfehlt" worden sei.<<

Am 20. November 1945 begann in Nürnberg der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Das Gerichtsverfahren wurde in vier Sprachen (Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch) geführt.

Robert H. Jackson (1892-1954, US-Hauptanklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen) erklärte am 26. Juli 1946 (x353/58): >>... Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind. Als ein Militärgerichtshof stellt dieser Gerichtshof eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der alliierten Nationen dar.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 7. Oktober 2001) über die Umerziehung der Deutschen (x354/34): >>**Bayern bezahlt Amerika**

... In vielen Städten wurden Amerikahäuser errichtet oder eingerichtet, zu deren Zwecken die 'reeducation' des deutschen Volkes gehörte. Sie verlief so sanft, daß die meisten Leute sie nicht bemerkten und heutzutage der bayerische Innenminister Beckstein die 'Umerziehung' für eine Erfindung von Rechtsradikalen hält.<<

## **9. Warum begann ab 1947 der sog. "Kalte Krieg"?**

Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, begann ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"), um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern. Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) sollte vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.

US-Präsident Truman verkündete am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen ("Truman-Doktrin").

US-Außenminister George Marshall kritisierte am 29. April 1947 in einer Rundfunkansprache die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (x111/310): >>Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. ...<<

Am 30. April 1947 beauftragte Außenminister George Marshall den US-Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten ("Geburtsstunde des Marshall-Planes").

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärte am 28. September 1947, die geplanten Demontagen unverändert fortzusetzen (x111/372): >>... Die Militärregierung werde fortfahren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industriewerke auszuarbeiten, ob es den Deutschen gefalle oder nicht. ...

Wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie schwerlich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfahren.<<

Am 20. März 1948 fand die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) protestierte gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verließ vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats. Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wurde damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nahm die Arbeit später nicht mehr auf. Danach begann

der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art.

Am 3. April 1948 wurde das europäische Wiederaufbauprogramm verabschiedet. Im Rahmen des Marshall-Planes erhielten die westeuropäischen Länder von 1948-1952 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Bis zum 30. Juli 1952 bekamen z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Marshall-Plan (x068/275-276): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.

Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).

Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen.

Also pöppelte man gerade die Exnazis wieder auf, überaus erfolgreich und ganz selbstlos, aus purem Mitleid mit dem verführten Volk, dessen böse Führer man hängte; ein paar Teufel, fast an zwei Händen herzuzählen, worauf die blanke Unschuld zum Vorschein kam; harmlose Mitläufer allenfalls, Nachläufer, die nun gleich weiterlaufen konnten, sollten, mit denen sich das alte Spielchen einer flotten Aufrüstung, vielleicht eines flotten Aufmarsches; Einmarsches gar, wiederholen ließ.

"Nach Ostland ..." – nur diesmal eben im Dienst der guten Sache.

Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden. ...<<

Am 20. Juni 1948 wurde in den Westzonen die Währungsreform durchgeführt.

Jeder Westdeutsche erhielt ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wurde. Sämtliche Forderungen wurden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauschte man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/-214).

Am 23. Juni 1948 wurde gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt (das Umtauschverhältnis entsprach z.T. dem Tausch in den Westzonen).

Am 24. Juni 1948 blockierten sowjetische Truppen sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrachen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern.

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilte am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten ("Operation Vittels"). Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" flogen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade (12. Mai 1949) in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).

## **10. Wieso konnten die westlichen Alliierten mit dem Ruhrstatut die gesamte westdeutsche Volkswirtschaft vollständig kontrollieren und lenken?**

Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endete mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes (x156/55-56).

Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) bezeichnete es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müsse (x112/605).

Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschlossen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).

Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In dem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Im Verlauf des Petersberger Abkommens vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die Bundesregierung beantragte daraufhin den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.

Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.

Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...

Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen den Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<

Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher (1895-1952) zählte zu den wenigen aufrechten und unbeugsamen Politikern der Nachkriegszeit, die sich bis zu ihrem Lebensende gegen die Vormundschaft der Alliierten wehrten.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 28.10.2000) über Kurt Schumacher (x887/...): >>"National sein ist Ehrensache!"

... Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren." Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden". Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier. ...

Die reine Demokratie war für ihn die politische Idee der Arbeiterklasse.

Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. Er sah auch deutlich, daß das Versailler-Diktat-System die Lage von 1933 mit verursacht hatte. Alle Deutschen unter 30 Jahren, so forderte er, sollten von der Entnazifizierung ausgenommen werden. Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.

Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften, der American Federation of Labour, teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen. ...

In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"

"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"

Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieten sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort. ...

Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen ... verstricken zu lassen."<<

Bei der Ruhrbehörde (Ruhrstatut) handelte es sich um eine Tarnorganisation des US-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands gewährleisten.

Nachdem die planmäßige Hungerpolitik in den westdeutschen Besatzungszonen die angestrebte bedingungslose Gehorsamkeit und Unterwürfigkeit der deutschen Bevölkerung durchgesetzt hatte, begannen die westlichen Alliierten nach der Londoner Sechsmächte-Konferenz

(20. April bis 2. Juni 1948) unverzüglich damit, die wesentlichsten Teile der deutschen Wirtschaft widerrechtlich zu beschlagnahmen, um die Arbeitskräfte und die wichtigen Grundstoffe (Kohle, Stahl und Roheisen) Westdeutschlands zum Vorteil der europäischen Länder und der USA zu nutzen.

Da die Westdeutschen nicht mehr frei über ihre natürlichen Reichtümer und eigenen Existenzmittel verfügen konnten, wurde ihnen gemäß Völkerrecht zweifelsfrei das Recht auf Selbstbestimmung verwehrt. Infolge dieser völkerrechtswidrigen Maßnahmen (wirtschaftliche Fremdbestimmung bzw. Vormundschaft) konnten die westlichen Alliierten praktisch die gesamte westdeutsche Volkswirtschaft kontrollieren und lenken.

### **11. Weshalb wurden die "staatlichen Verfassungen" für West- und Mitteldeutschland maßgeblich durch die Besatzungsmächte geprägt?**

Am 8. April 1949 beschlossen die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Die westlichen Militärgouverneure übergaben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen ("Frankfurter Dokumente") und beauftragten sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte (x068/278-279): >>... Hinsichtlich der Deutschland-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Alliierten zunächst gespalten. Die einen waren gegen, die anderen für den Wiederaufbau des Landes. Jahrelang herrschte ein übles Durcheinander.

Ursprünglich wollte man Deutschland nach dem Krieg vollständig entmilitarisieren. Man wollte es zerstückeln und ganz klein machen, schon um selber, ungestört, ganz groß, noch größer werden zu können. ... Danach sollte Deutschland ein Bauernstaat werden ...

Dann aber war den Amis ein solch großer Kartoffelacker an der Grenze zum Osten zu riskant. Die Revitalisierung des Ruhrgebiets und das Mitmischen dabei schienen Erfolg versprechender. ...

Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten, konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.

Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger.

Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreichte am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf.

Der "Deutsche Volksrat" veröffentlichte am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik".

Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Das Besatzungsstatut trat am 21. September 1949 in Kraft. Die-

ses Besatzungsstatut (eigentliche deutsche Verfassung der Alliierten) reduzierte zwar die geplanten Demontagen, schränkte aber auch die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich ein. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die zukünftige deutsche Bundesregierung.

Am 25. April 1949 gab US-Militärgouverneur General Clay bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.

Der Parlamentarische Rat stimmte am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu (53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmten).

Am 12. Mai 1949 genehmigten die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland.

Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgte damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt.

Am 21. September 1949 trat das Besatzungsstatut der Alliierten in Kraft. Es schränkte die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein.

Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Volkskammer" (x009/466): >>Volksvertretung der SBZ, deren verfassungsrechtliche Stellung entsprechend der Verneinung des Gewaltentrennungsgrundsatzes und der zentralstaatlichen Tendenz der Verfassung außerordentlich stark ausgestaltet ist - "höchstes Organ der Republik", Art. 50 der Verfassung.

Infolge der tatsächlichen politischen Machtverhältnisse stellt sich die Volkskammer als Scheinparlament dar.

... Die Volkskammer konstituierte sich ... nach der am 15.10.1950 auf Grund des verfassungsändernden Gesetzes vom 9.8.1950 durchgeführten Abstimmung über die Einheitsliste der Nationalen Front endgültig. Angeblich sollen 99,7 % der Stimmberechtigten für die Einheitsliste gestimmt haben. ...<<

Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR ging die DWK in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK wurden Minister und Staatssekretäre.

Hitlers Ende und die Bildung einer "Geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches"

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ...

Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 - ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt - zerbrach eine wichtige Klammer zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland.

... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.

Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<